Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 66 (1991)

Heft: 11

Artikel: Sicherheitspolitik und Strategie in Zeiten der Ungewissheit

Autor: Brunner, Dominique

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-715295

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sicherheitspolitik und Strategie in Zeiten der Ungewissheit

Von Oberst i Gst Dominique Brunner, Zürich

Ende August 1991 konnte man unter dem Eindruck des jüngsten Geschehens versucht sein, auszurufen, kaum hätten sich die strategisch wesentlichen Rahmenbedingungen stabilisiert, gerate überraschend wieder alles in Bewegung und seien Voraussagen über das, was morgen und erst recht übermorgen gelten werde, problematischer als je.

Und in der Tat: Bis zum 19. August, als Vertreter der höchsten Organe der Sowjetunion einen, was die Modalitäten der Durchführung angeht, weiterhin rätselhaft erscheinenden Staatsstreich versuchten, schienen sich bestimmte Konstanten hinsichtlich des strategischen Faktors Sowjetunion herauszubilden. Zwar fehlte es nicht an ernsten Symptomen dafür, dass ihr Bestand auf weitere Sicht gefährdet sei, dass der wirtschaftliche Marasmus angesichts der Hypotheken jahrzehntelanger sozialistischer Misswirtschaft und der Halbheiten der mit dem Begriff der Perestroika umschriebenen Reformbestrebungen sich eher noch verschärfen könnte und dass der Urheber des Umgestaltungsversuches, Präsident Gorbatschow, unter starkem Druck der konservativen oder restaurativen Kräfte im Lande stehe.

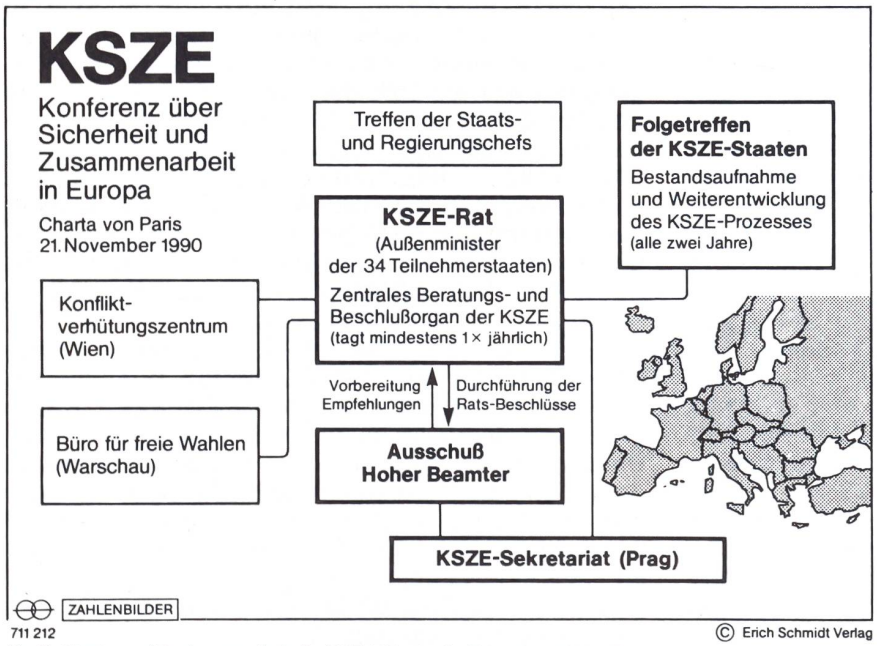
Vor allem Amerikaner – sie hatten das stupende Geschehen seit Sommer 1989, gewaltlose, schnelle Befreiung der osteuropäischen Staaten, Zustimmung der sowjetischen Führung zu gerade für die Sowjetunion einschneidenden Abrüstungsmassnahmen, mit weit grösserer Nüchternheit beurteilt als manche Europäer – hatten zwar äusserst skeptische Urteile über den Zustand der kommunistischen Macht und die Chancen einer rechtzeitigen, friedlichen und tiefgreifenden Reform gefällt. Im Frühjahr 1990 hatte beispielsweise Prof S Bialer von der Columbia University folgende Diagnose gestellt: *«1989 hatte Gorbatschow die Kontrolle über alle Ereignisse in allen Sphären des Lebens der Sowjetunion verloren. Die Sowjetunion befand sich in einem Zustand sich verschärfender multidimensionaler Krise. Dass Gorbatschow und die Perestroika in Schwierigkeiten stekken, unterliegt keinem Zweifel. Aber gefährdet ist nicht nur seine Vorstellung der Reform, sondern das Schicksal des Regimes, dem er vorsteht»* (Survival, März–April 1990).
Die amerikanische Regierung zeigte wenig Neigung, den insbesondere von Europa ausgehenden Appellen Folge zu leisten, wonach ein kostspieliges Hilfsprogramm für die Sowjetunion unverzüglich in die Wege geleitet werden müsse. Doch verhinderten Zweifel und Bedenken, was das Durchsetzungsvermögen, ja die Absichten der Führung der Sowjetunion betrifft, nicht, dass man entschieden zu Gorbatschow und den Seinen hielt.

Setzen auf die Karte Gorbatschow

Um den Preis nicht unerheblicher Konzessionen an die Sowjets, offensichtlich namentlich an die entsprechenden Druck ausübenden Militärs, machte man im Herbst 1990, knapp vor dem Pariser Gipfeltreffen der KSZE-Unterzeichnerstaaten, den Vertrag über die Begrenzung der konventionellen Hauptwaffen zwischen Atlantik und Ural (CFE) unterschriftsreif, damit er am 19. November in Paris auch unterschrieben werden konnte. Die Sowjets durften mehr Waffen behalten, als die NATO seit Aufnahme der Verhandlungen im März 1989 postuliert hatte. Wenig später fand man sich damit ab, dass die sowjetische Führung wenn nicht den Buchstaben, sehr wohl aber den Geist des CFE-Vertrages dadurch verletzt hatte, dass sie die Masse der zu beseitigenden, die festgelegten Plafonds übersteigenden Waffenbestände – Kampfpanzer, Schützenpanzer, Artillerierohre und anderes mehr – hinter den Ural verschoben hatte, in einen Raum ausserhalb des Anwendungsbereiches des Vertrages. Man akzeptierte die sowjetische Erklärung, ein Fünftel dieser Waffen – 75 000 sollen es insgesamt sein – hinter dem Ural würden dann doch noch verschrottet werden, und man nahm die sowjetische Zusicherung hin, mit diesem enormen Arsenal werde keine strategische Reserve konstituiert werden. Man bemühte sich sodann im Konflikt mit dem Irak sehr, die Unterstützung der Sowjetunion für die Massnahmen der UNO zu gewinnen und zu erhalten, nahm immer wieder Rücksicht auf Moskau und sah grosszügig über sowjetische Stellungnahmen und Manöver hinweg, die ein bloss halbherziges Mitmachen bei der Vertreibung Saddam Husseins aus Kuwait und den Willen der Sowjetmacht belegten, um ihrer Grossmachtinteressen willen eine klare Niederlage des Iraks abzuwenden. Dem Begehren Moskaus nach einer prominenten Rolle bei einer umfassenden Regelung der Nahostprobleme – d h namentlich der Israel-Palästina-Frage – bemühte man sich, entgegenzukommen.

Noch im Juli nahm der amerikanische Präsident die Unterzeichnung des Vertrages über die Reduktion der strategischen Atomwaffen (START) zum Anlass, die Sowjetunion aufzusuchen und sowohl durch diesen Akt wie auch in Reden, etwa in der Ukraine, im Sinn der Stützung der Moskauer Zentralgewalt und damit Gorbatschows zu wirken. Der Vertrag selbst, der nach zehnjähriger Verhandlungsdauer zustande kam, bildete – und bildet – eine nicht zu übersehende Bestätigung der Sowjetunion als eine der zwei atomaren Supermächte, und zwar nicht nur für den Augenblick, sondern auf weite Sicht. Denn die Reduktionen der Bestände an weitreichenden Atomwaffenträgern (Nuclear Delivery Vehicles), Lenkwaffen und Bombern sowie an damit einsetzbaren Atomladungen, die vor allem von der überrüsteten Sowjetunion zu vollziehen sind, sind innerhalb von sieben Jahren in die Tat umzusetzen, und was dann auf beiden Seiten rechtmässig verbleiben darf, stellt ein weiterhin enormes Potential dar, bezüglich der Sprengköpfe mehr, als beide Seiten 1972 besassen, als Nixon und Breschnew das erste atomare Rüstungsbegrenzungsabkommen unterschrieben.

Und als sich Gorbatschow zum Juli-Treffen der wichtigsten westlichen Industriemächte, dem G-7-Treffen in London, so gut wie selbst einlud, wagte man es nicht, ihm die kalte Schulter zu zeigen, sondern arrangierte man



Als die Staats- und Regierungschefs der KSZD-Staaten im November 1990 in Paris zusammentrafen, erklärten sie feierlich das Zeitalter der Teilung Europas als für beendet. Die KSZD ist ein Forum, in dem Fragen der Zusammenarbeit im Lichte ihrer direkten Verbindungen zu den Themen Sicherheit, Frieden und Stabilität geprüft werden. Für eine Entscheidung ist Einstimmigkeit im beschlussfassenden KSZD-Rat notwendig. Der Aussenminister der Schweiz, Bundesrat Felber, verlangte anfangs September 1991 im KSZD-Plenum in Moskau, dass in Ausnahmefällen von der Regel des Konsens abzurücken sei, weil es einem einzelnen Teilnehmerstaat allzu leicht falle, die Ingangsetzung eines Krisenmechanismus zu verhindern. Ho

Bild aus IFDT 9/91

Sondertreffen mit dem Ergebnis, dass alles gebannt auf Gorbatschow wartete und blickte, wo er doch nichts als ein sich vordrängender Bittsteller war.
Ominöse Hinweise des sowjetischen Präsidenten im Vorfeld des Londoner Gipfels auf die Gefahr eines Rückfalles in die Konfrontation zwischen Ost und West und das Vorhandensein eines gewaltigen sowjetischen Atomwaffenpotentials, die amerikanische Gesetzgeber veranlassten, von Erpressung zu sprechen, helfen das Verhalten der im Westen Verantwortlichen, angefangen bei der amerikanischen Administration, erklären: Ohne dass es offiziell unmissverständlich ausgedrückt worden wäre, war der entscheidende Beweggrund der westlichen Mächte der, eine unkontrollierte, gefährliche Entwicklung in der Sowjetunion zu vermeiden, weil die Sowjetunion vom vorhandenen Material her die bedeutendste – und was für eine! – Militärmacht ist.

Nicht unbegründete Furcht vor dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion

Man hatte sich also – und zwar überall – auf den Fortbestand der Sowjetunion – und Gorbatschows Führung – eingestellt und war entschlossen, das Seine eben dazu beitragen, dass dies so bliebe. Das ist nun, und ich betone es, nicht zu kritisieren. Das Auseinanderbrechen einer in jeder Hinsicht bis an die Zähne bewaffneten Grossmacht ist nach aller geschichtlichen Erfahrung ein nicht nur schmerzlicher, sondern für die Aussenwelt gefahrvoller Prozess. Im Atomzeitalter hat es das noch nie gegeben. Ich bekenne gerne, dass ich, vor diesem Hintergrund, im Frühling 1990 schrieb: *«Daraus geht hervor, dass das Phänomen einer ernsten Systemkrise bei einer Supermacht zu höchster Vorsicht weitherum Anlass geben muss. Behutsamkeit in der Politik gegenüber dieser Macht ist beileibe angezeigt, was heute etwa heisst, dass sich der Westen in die akute baltische Frage mit Vorteil nicht einmischen sollte. Gewiss entspräche es unseren politischen Idealen, wenn die baltischen Republiken volle Unabhängigkeit zurückgewännen. Es fragt sich nur, ob diejenigen, die entsprechenden Druck auf Moskau fordern, die Konsequenzen zu tragen bereit wären, etwa die Einleitung einer Auflösung der Sowjetunion, weil Weissrussland und die Ukraine folgen könnten oder dürften, oder eine russisch-chauvinistische Reaktion mit dem Ergebnis einer gefährlichen Verhärtung der sowjetischen Politik gegenüber dem Westen»* (Schweizer Soldat, 8/90, *«Die Krise des Sowjetsystems und die Sicherheit Europas»).* Die westliche Politik liess sich während der letzten eineinhalb Jahre von solchen Überlegungen leiten, wofür es, soweit es um die Erhaltung des als Sowjetunion bezeichneten Staatsgebildes geht, wahrlich Gründe gab.

Dann kam der Staatsstreich, der bereits nach zweieinhalb Tagen als gescheitert gelten konnte. In den Reaktionen darauf zeigte sich, dass die vorstehende Analyse stimmt. Man war überrascht, von zuoberst bis unten, oder gab sich so, obgleich noch wenige Tage vorher, und darüber wurde in westlichen Medien berichtet, ein langjähriger Weggefährte Gorbatschows, Jakowlew, vor einem Putsch gewarnt hatte – wie Aussenminister Schewardnadse bereits Ende 1990. Die meisten Verantwortlichen im Westen – und andernorts –

Die ungelöste Nationalitätenfrage war in der Vergangenheit eines der Schlüsselprobleme der Sowjetunion und bleibt es – wie die aktuellen Ereignisse mit dramatischer Deutlichkeit dokumentieren – auch für die nächste Zukunft. Das Ringen um die neue Struktur der ehemaligen kommunistischen Weltmacht, das Vorprellen des Russen Jelzin in der Grenzfrage und der anschwellende Ruf nach Selbstbestimmung der Völker geben nur eine erste, vage Vorstellung vom Konfliktpotential, das sich über Jahrzehnte hin aufgestaut hat.

scheinen von den Chancen des Putsches überzeugt gewesen zu sein, woraus sich auch die beschwörenden Appelle erklären, Gorbatschow dürfe nichts geschehen. Doch praktisch ohne dass ein Schuss gefallen wäre, gaben die hochrangigen, alle von Gorbatschow eingesetzten bzw dem Obersten Sowjet vorgeschlagenen Putschisten auf, und innerhalb von Tagen hatte der russische Präsident Jelzin die Initiative so gut wie voll an sich gerissen.

Auflösung des Sowjetsystems

Seit dem 23. August ist die Zentralgewalt, Gorbatschows Präsidium und die sowjetische Regierung, mindestens in hohem Masse entmachtet, die kommunistische Partei verboten und gelähmt, erklärt eine der Gliedrepubliken nach der anderen ihre Unabhängigkeit und stellt sich infolgedessen die Frage, wie dieses Republikenkonglomerat überhaupt genannt werden solle. Gleichzeitig ist man aber Zeuge eines in ebenso fieberhaftem Tempo vor sich gehenden Aufbaus einer neuen Struktur, der Entstehung einer neuen Vertragsgemeinschaft in den Grenzen der bisherigen Sowjetunion, deren Motor Jelzin und die russische Republik sind, also der Kern des zaristischen wie des kommunistischen Reiches, der räumlich ausgedehnteste, bevölkerungsstärkste und ressourcenmässig reichste Teil der ehemaligen Sowjetunion. Verträge wurden über Nacht zwischen Russland, der Ukraine und Kasachstan abgeschlossen, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber auch den militärischen Bereich beschlagen. Russlands Führung will offensichtlich den völligen Zerfall der bisherigen Union verhindern, anarchischen Zuständen vorbeugen, die unerlässliche wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Republiken organisieren und das sowjetische Nuklearpotential unter seine Kontrolle bringen, zweifellos in erster Linie, um Schlimmstes zu verhüten. Und in den ersten Septembertagen wird der Wille Gorbatschows und der Mehrheit der Republiken in Massnahmen zur Sicherstellung einer provisorischen Zusammenarbeit in diesem Sinne sichtbar.

Kurzum: Unter den Augen der den Atem anhaltenden Welt wird ein neues *«östliches Haus»,* um die populäre Formel Gorbatschows abzuwandeln, schleunigst gezimmert. Doch wie der Endzustand aussehen wird, werden nur Leichtsinnige vorauszusagen wagen. Während das schlagartige, zielbewusst erscheinende Vorgehen der russischen Führung unter Jelzin die Erwartung zu wecken geeignet ist, es werde rasch – wohl um Russland herum – ein mehr oder weniger lockeres Staatengebilde entstehen, das die Ablösung der verhängnisvollen sozialistischen Planwirtschaft sicherstellen und den Aufbruch zu einer sowohl politisch wie wirtschaftlich freiheitlichen Ordnung ermöglichen würde, kann die negative Alternative nicht definitiv beiseite geschoben werden, ein länger dauernder Zustand der Unordnung, der Krise und der Unklarheit. Der vorgenannte amerikanische Experte Professor Bialer, dessen Diagnose und Prognose bisher jedenfalls nicht widerlegt wurden, meinte Anfang 1990: *«Erstens hat in der UdSSR eine gesteuerte Reform, Perestroika, in eine Revolution umgeschlagen. Zweitens ist der hauptsächliche politische Prozess, der sich in der UdSSR*

vollzieht, ein Prozess der Polarisierung und Radikalisierung und der Massenmobilisierung aus Positionen links und rechts von Gorbatschow. Und drittens sind die Konvulsionen und Konflikte, die die UdSSR erschüttern, nicht einfach Übergangsstationen auf dem Weg in eine bessere Ordnung, sondern es handelt sich um Trends, die wahrscheinlich lange Zeit andauern und sich intensivieren werden».

Die westliche, damit schweizerische Sicherheitspolitik vor offenen Fragen

Die Versuchung besteht, angesichts einer solchen beschleunigten Entwicklung die Flucht nach vorn anzutreten, was allzuviele ab Herbst 1989, nachdem die Berliner Mauer gefallen war, auch getan haben. Wie es damals hiess, und wie vor allem damals viele gedacht haben, eine militärisch relevante Bedrohung Westeuropas gebe es nicht mehr, daher dürfe auch einseitig abgerüstet werden, könnte unter den heutigen Voraussetzungen der Schluss gezogen werden, nun sei aber endgültig von der Vorstellung Abschied zu nehmen, Europa und namentlich die Schweiz könnten sich in absehbarer Zukunft ernsthafter militärischer Bedrohung ausgesetzt sehen. Gerade das allerjüngste Geschehen mahnt indessen zum Nachdenken.

Noch Anfang August setzten, wie eingangs dargelegt, praktisch alle westlichen Politiker auf Gorbatschow, auf eine Reform der Sowjetunion und namentlich deren Wirtschaft, deren Verwirklichung allein in Verbindung mit ihm erwartet wurde. Ende August erscheint Gorbatschow als der Exponent eines Kurses, der Schiffbruch erlitten hat, als ein über umfassende formelle Macht verfügender Staatschef, dessen Staat sich in stündlich fortschreitender Auflösung befindet, der laufend von einem über Handlungsfreiheit und reale Macht gebietenden Konkurrenten überholt und überflügelt wird. Das Zusammengehen Gorbatschows mit Republikführern vor dem Kongress der Volksdeputierten ändert daran grundsätzlich nichts.

Zum gleichen Zeitpunkt erscheint der russische Präsident als der Mann, der die Geschikke nicht nur Russlands, sondern auch der – bisherigen – Sowjetunion bestimmt, der im Sinn der Geschichte handelt und dem damit die Zukunft gehört. Der sich aufdrängende Schluss lautet denn auch dahin, dass der *«Nebel der Ungewissheit»* die Zukunft der bisherigen Sowjetunion verhüllt und dass seriöse Prognosen kaum möglich sind. Daher sollte man den menschlichen Drang, die Zukunft zu erraten, für einmal unterdrücken, ein Appell, der sich insbesondere an Kommentatoren und Politiker richtet. Man kann vernünftigerweise nur zu erkennen suchen, was allenfalls feststeht und was anderseits unsicher, offen ist. Man kann Fragen stellen und mögliche Antworten skizzieren, muss sich aber des hypothetischen Charakters dieser Antworten stets bewusst bleiben.

In sicherheitspolitisch-strategischer Sicht ist die Frage entscheidend, wie der in Gang befindliche Prozess der Neuordnung des Raumes zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, den Karpaten und Wladiwostok ablaufen wird. Wie wird das Verhältnis zwischen den Republiken sein? Welche Politik wird die mächtigste, die russische, verfolgen? Wieviel Gemeinsamkeit wird es in den Beziehungen der Republiken, insbesondere im Verhältnis der bereits zusammenrückenden russischen, ukrainischen und kasachischen zur übrigen Staatenwelt geben? Wird der Übergang zur Marktwirtschaft wirklich gewagt, welches wird der Preis dafür sein und welche politischen Konsequenzen wird sie haben? Werden sich die massgebenden Republiken, und das heisst in erster Linie die russische, zu der massiven Reduktion der Militärausgaben entschliessen, die die Voraussetzung jeder wirtschaftlichen Gesundung ist? Werden durch solche Reduktionen allenfalls die erst vor kurzem abgeschlossenen Verträge bezüglich Abrüstung obsolet, wird man bald viel weiter gehen können, insbesondere bei den Atomwaffen? Welche Rolle wird das Nationalbewusstsein, zB der Russen spielen, welches wird das Schicksal der bedeutenden russischen Minderheiten in den nicht-russischen Republiken sein? Wird es Exzesse geben, mit welchen Reaktionen? Es nützt da wenig, zu spekulieren. Die einzige verantwortbare Haltung des Westens besteht darin, die Entwicklungen und Kräfte zu fördern, die die bisherige Sowjetunion aus der katastrophalen Lage hinausführen und demokratische Verhältnisse begünstigen, zugleich aber sich für den Fall vorzusehen, dass es zu Rückfällen kommt.

Da dieser Prozess der Neuordnung eventuell lange dauern wird, da er in jedem Fall schwierig, schmerzhaft sein wird, da das in rapider Veränderung begriffene Gebilde weiterhin über enorme militärische Mittel verfügt, ist der Augenblick beileibe noch nicht gekommen, abzurüsten. Neben Hilfsbereitschaft gegenüber dem Osten ist angemessene militärische Bereitschaft das Gebot der Stunde.

Spitzenleistungen sind auch bei der «Winterthur» nur deshalb möglich, weil jeder sein Metier beherrscht.

winterthur

Von uns dürfen Sie mehr erwarten.